

Öffentlicher Dienst

Fachorgan für die Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Gärtnereien

Nummer 3 Berlin, den 23. Januar 1932 3. Jahrgang

Der größte Elektrizitätskonzern Der RWE-Abschluß

Während in den vergangenen Jahren das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE) immer Steigerungen des Stromabgabes zu verzeichnen hatte, bringt das Geschäftsjahr 1930/31 einen 12prozentigen Rückgang der nutzbar abgegebenen Strommenge. 2.782.146.621 kWh Stromabgabe im Jahre 1929/30 steht eine solche von 2.448.215.820 kWh im Jahre 1930/31 gegenüber. Selbst der Absatz an Lichtstrom ist trotz des Neueinbaus von etwa 60.000 Zählern und regster Propaganda für Energieverbrauch im Haushalt gegenüber 1929 gefallen. Die Kaufkraftminderung durch Senkung der Löhne und Gehälter tritt also auch hier deutlich in Erscheinung. Wenn trotz der herrschenden Krise nur ein Rückgang von 12,5 Proz. eingetreten ist, so ist das darin begründet, daß im abgelassenen Geschäftsjahr eine Anzahl großer Werke der eisenerarbeitenden Industrie und des Bergbaus dem Versorgungsgebiet des RWE neu angeschlossen wurden.

Nicht einbegriffen in die Stromlieferungszahlen ist die Stromlieferung der betrieblich mit dem RWE-Netz zusammenhängenden Unternehmungen, und zwar der Mainkraftwerke-AG, Frankfurt-Höchst, mit rund 91 Millionen kWh (Vorjahr 105 Millionen kWh), der Braunkohlenindustrie-AG, Zukunft, Weißweiler, mit 189,5 Millionen kWh (Vorjahr 199,2 Millionen kWh) und der Paderborner Elektrizitätswerk- und Straßenbahn-AG, Paderborn, mit 26,8 Millionen kWh. Die Stromabgabe des RWE und der Konzernunternehmungen betrug rund 3.250.000.000 kWh gegenüber rund 3,5 Milliarden kWh im Vorjahr.

Das Geschäftsjahr 1930/31 ist das erste, in welchem sich das Absatzgebiet des RWE nicht wesentlich erweiterte. Die Verhandlungen wegen Übernahme der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen AG. sind noch nicht abgeschlossen.

Der Geschäftsbericht gibt weiter bekannt, daß das Vermantwerk der Dörarlbberger Jäwerke AG. in Betrieb ist und der erste Ausbau der Schlachsewerke AG. ist mit dem Kraftwerk Häusern in vorläufigen Betrieb gekommen. Die vollständige Fertigstellung wird im nächsten Jahr erfolgen. Die Zusammenarbeit mit dem Schlachsewerk erfolgt über dem inzwischen ebenfalls fertiggestellten und in Betrieb genommenen Abzweig der 220/380.000-Volt-Leitung. Das Höchstvoltnetz wurde auch im laufenden Geschäftsjahr weiter ausgebaut. Im Netz sind nunmehr 12 eigene Höchstvolstationen für 220.000-Volt-Spannung und 50 eigene Hochvolstationen für 110.000-Volt-Spannung in Betrieb.

Gegenüber dem eingangs erwähnten Rückgang von Lichtstrom gelang es, den Absatz an Haushaltsstrom auf über das Dreifache zu steigern. Während nach dem bisherigen Haushaltstarif bei einer Monatsentnahme von 100 kWh Wärmestrom die kWh 8 Pf. kostet und der Lichtstrom 15% Pf., ist dieser Haushaltstarif nunmehr dahin abgeändert worden, daß bei vollelektrischem Haushalt bei ausschließlich elektrischem Kochen und Benutzen von Warmwasserspeichern und bei einer Mindestentnahme von 150 kWh je Monat auch der Lichtstrom 8 Pf. je kWh kostet. Die Strommenge über 150 kWh im Monat wird für beide Verbrauchsarten mit 5 Pf. pro kWh berechnet. Durch diese Maßnahmen gelang es, einen Teil des Stromrückgangs wettzumachen. Trotzdem hat die Wirtschaftskatastrophe den eingangs erwähnten Rückgang gebracht, so daß auch der Ueberjahrs zurückgehen mußte. Auch in den ersten Monaten des Geschäftsjahres ist ein weiterer Rückgang der Stromabgabe zu verzeichnen. Weiter beklagt sich das RWE darüber, daß über 12 Millionen Mark an Steuern zu zahlen seien, wogegen die rein kommunalen Betriebe oder die der Länder und die des Reichs von

den Reichsteuern bekaunntlich freigestellt seien. Hierbei ist zu bemerken, daß die kommunalen Werke das Vielfache dieser Steuer-summe für den Etat der Städte, insbesondere für die Entlastung der Wohlfahrtsämter, abführen.

Die Verknüpfung und Verbundwirtschaft der in der Westdeutschen Elektrizitätswirtschaft-AG. zusammengeschlossenen Unternehmungen wurde im laufenden Geschäftsjahr weiter fortgesetzt. Die 100.000-Volt-Leitungen des RWE. und die 50.000-Volt-Leitungen der Mainkraftwerke wurden neuerdings bei Ems und in gleicher Weise die vom Oberrhein kommenden 100.000-Volt-Leitungen des Badenwerks mit den zum Schlachsee führenden Leitungen des RWE. im Schlachsewerk erneut gekuppelt. Weitere Verbindungen wurden hergestellt mit der Staustufe Heckarsteinach und Harkort bei Wetter. Insbesondere wirkt sich die Verbundwirtschaft Westdeuschlands sinnföällig dahin aus, daß im Bereiche der Partner der Westdeutschen Elektrizitätswirtschaft-AG. Wassermengen, die vor der Verknüpfung unausgenutzt über die Wehre der Wasserkraftwerke fließen mußten, nunmehr nicht mehr vorkommen. Der AG. für deutsche Elektrizitätswirtschaft ist das RWE. inzwischen ebenfalls beigetreten. Zu dem bekannten Generalplan Oskar Müllers sagt der Geschäftsbericht unter anderem folgendes:

„Die Einpressung der Elektrizitätswirtschaft in einen Zwangssplan, der nach Lage der Verhältnisse im westdeutschen Wirtschaftsgebiet bereits als überholt anzusehen wäre, erscheint mit Rücksicht auf die bisherige Entwicklung der deutschen Elektrizitätswirtschaft als sehr bedenklich. Die schnelle Entwicklung der Elektrotechnik verträgt keine starren Formen und Ausbaupläne. So ist z. B. auch der im Jahre 1916 von Herrn Scheinrat Rängenberg aufgestellte Generalplan, der nach dem damaligen Stande der Technik 100.000-Volt-Verknüpfungsleitungen vorsah, schon bald durch die natürliche Entwicklung überholt worden. Deshalb sollte auch für die anderen Elektrizitätswirtschaftsbezirke Deutschlands, ganz abgesehen von dem der westdeutschen, die Aufstellung eines starren Generalplanes schon mit Rücksicht darauf unterbleiben, daß auch dort bereits die Verknüpfungen im Wege freier Verständigung unter den beteiligten Werken ständig erfreuliche Fortschritte machen.“

Bezüglich der paneuropäischen Elektrizitätspläne steht das RWE. auf dem Standpunkt, dem natürlichen Verlauf der Entwicklung keine Gewalt durch eine Organisation von oben nach unten anzutun, sondern einer Endlösung durch wirtschaftlich vertretbare Teillösungen von Fall zu Fall zuzustreben.

Die Nachtbahnen und die vom RWE. betriebenen Kraftwagenlinien haben infolge der anhaltenden Wirtschaftskrise einen Verkehrsrückgang zu verzeichnen. Hier wurde ein Verlast von 474.446,82 Mk. verbucht.

Die Gasabgabe ging ebenfalls weiter zurück und spielt nur noch eine untergeordnete Rolle. Der Gesamtgasabsatz betrug 12.284.387 Kubikmeter.

Im einzelnen weist die Bilanz folgende Ziffern auf:

Aktiva:

	30.6.31	30.6.30
	in Mill. Mk.	
Eigene Betriebe	665,47	608,30
Wertpapiere und Beteiligungen	152,56	164,73
Vorläufige an angegliederte Werke	39,33	36,90
Disagio der Dollaranleihen	10,68	10,80
Kontokorrentausgleichner	123,30	171,58
Vorräte	8,16	9,00
Kasse	0,18	0,24

Passiva:

	30. 6. 31	30. 6. 30
	in Mill. Mk.	
Aktienkapital	243,00	243,00
Reservefonds	53,77	52,91
Anleihen, alte	1,51	1,51
4 bisherige Dollaranleihen	260,27	264,57
Neue Dollaranleihe	31,50	—
Am 30. Juni fällige Zinsen	4,56	4,51
Hypothekenschuld	0,91	0,64
Thiel-Stiftung	2,58	2,11
Derstellungen	12,85	12,85
Kontokorrentgläubiger	105,40	142,69
Schulden bei angegliederten Werken und ähnlicher langfristiger Schulden	62,97	64,97
Gesamtabschreibungen	209,90	185,88
Ueberschüsse	11,25	26,48

Das Konto „Eigene Betriebe“ hat sich im wesentlichen erhöht infolge der Abrechnungen auf die inzwischen durchgeführten Bauten der letzten Jahre, der Fertigstellung und insbesondere der Ergänzung des Höchstspannungswolnetzes für den Anschluß neuer Abnehmer und der laufenden Erweiterungen der Ueberspannungsnetze.

In der Gewinn- und Verlustrechnung enthält das Konto „Wartungskosten, verschiedene Ausgaben und Zinsen“ einen Betrag von 19,7 Millionen Mark an Zinsen. Das Konto „Betriebsgewinne und Zinsen“ enthält eine Zinseinnahme von 3,88 Millionen Mark und an Einnahmen aus Effekten und Beteiligungen wie an sonstigen Einnahmen 14,816 Millionen Mark. Nach den Abschreibungen von 25,412 Millionen Mark ergibt sich ein Ueberschuß von 11,255 Millionen Mark, nachdem über das Gewinn- und Verlustkonto ein Betrag von 6,855 Millionen Mark zu besonderen Abschreibungen verbucht wurde.

Gewinn- und Verlustrechnung
vom 1. Juli 1930 bis 30. Juli 1931.

Soll

	Mark	Pf.
Wartungskosten, verschiedene Ausgaben und Zinsen	32 047 040	80
Abschreibungen	25 412 104	83
Verteilung des Ueberschusses:		
5 Proz. Dividende	10 473 540,—	Mk.
Cantime	287 701,83	Mk.
Dortrag auf neue Rechnung	494 610,—	Mk.
	68 714 997	46

Haben

	Mark	Pf.
Dortrag aus 1929/30	56 390	—
Betriebsgewinne und Zinsen	68 658 607	46
	68 714 997	46

Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der Generalversammlung eine Dividende von 5 Proz. vorzuschlagen, gegenüber 10 Proz. in den beiden Vorjahren. Daneben sind 6,85 Millionen Mark als Sonderabschreibungen gebucht; außerdem wurden 438 000 Mk. als vermehrter Vortrag reserviert. Würden diese 7,29 Millionen Mark ebenfalls ausgeschüttet, so könnte die Dividende um rund 3 Proz. erhöht werden. Die künstlich verringerte Dividende muß die angegeschlossenen Gemeinden in neue finanzielle Schwierigkeiten bringen.

Ueber Gehälter, Löhne, Werkwohnungen und Pensionslasten bringt der Geschäftsbericht nichts, obwohl die Öffentlichkeit sicherlich ein Interesse daran hat, inwieweit diese Dinge die Elektrizitätswirtschaft belasten. Vielleicht holt dieses der nächste Geschäftsbericht nach.
Josef Orlopp.

Mitropa

Der „Westdeutsche Beobachter“ brachte vor einiger Zeit einen Artikel, der sich mit den Geschäftsmethoden der Mitropa befaßt. Gleichzeitig wurde versucht, den freien Gewerkschaften, die als Tarifkontrahenten für das gewerbliche Personal der Mitropa in Betracht kommen, etwas anzuhängen, was mit den tatsächlichen Vorgängen in keinem Zusammenhang steht. Die Freude über das Verschwinden der „marxistischen Bonzen“ ist sehr groß, weil durch den Einzug der Nazis die „unpolitischen“ Ständesvertretungen zur Förderung der betrieblichen und der Ständesinteressen der Arbeitnehmer an diese Stelle treten sollen. Die Tatsache, daß Prinzen, ehemalige Offiziere und alle sonstigen Reaktionäre innerhalb der Nazi-Partei die Führung haben, ist auf die Gemütsverfassung des Artikelschreibers nicht ohne Wirkung geblieben. Hat denn dieser Ständesvertreter schon einmal darüber nachgedacht, was überhaupt aus dem Mitropa-Unternehmen werden soll, wenn Ausländer und Juden aus dem Kundenkreis des Unternehmens auszuschneiden haben? Wozu aber solche Erwägungen anstellen, wo es doch für ihn leichter und schöner ist, sich an den Naziphrasen zu ergötzen.

Wie wenig Sachkenntnis die Ständesvertretung besitzen würde, geht aus dem Artikel mit aller Deutlichkeit hervor, indem darin die Auffassung vertreten wird, daß es bei dem Schlichtungsverfahren im Frühjahr 1929 hätte möglich sein müssen, für die Schlafwagenschaffner feste Gehälter zu erwirken, und gleichzeitig hätte auch der Bedienungsgeldaufschlag von 1 Mk. pro Bettplatz dazu kommen müssen. Daß dies nicht gelungen ist, wird den marxistischen Gewerkschaften zum Vorwurf gemacht. Daß es bei der Behandlung solcher Angelegenheiten nur das eine oder das andere praktisch geben kann, um überhaupt zu einer konsequenten Entlohnung zu gelangen, scheint dem Nazi völlig unbekannt zu sein. Die Monatsgehälter für Schlafwagenschaffner wurden damals in drei Staffeln je nach der Beschäftigungsdauer in der Höhe von 220, 245 und 270 Mk. festgesetzt. Durch diese Regelung kamen die Kollegen endlich von der bis dahin bestandenen unwürdigen Entlohnungsart los, indem sie gehalten waren, durch Trinkgelber ihren sehr geringen Lohn zu verbessern. Wenn bei dieser Umstellung der Entlohnungsart die Mitropa ein gutes Geschäft gemacht hat, so möchten wir darauf verweisen, daß daran ein Teil der Schlafwagenschaffner nicht unschuldig war. Von den Gewerkschaften wurde jahrelang vor dem Schlichtungsverfahren 1929 den

Kollegen empfohlen, feste Gehälter zu verlangen, was leider nicht genügend unterstützt wurde. Wäre man rechtzeitig dazu übergegangen, die Ansicht der Gewerkschaft zu unterstützen, dann hätte die Direktion es wahrscheinlich nicht so leicht gehabt, den gegenwärtigen Aufschlag auf den Bettkartenspreis zu erheben.

Es wird aber wenig Zweck haben, gegen solche Anpöbeleien mit sachlichen Argumenten anzugehen, denn die von den Nazis ersehnte unpolitische Ständesvertretung kann weiter nichts sein, als eine neue Auflage der früheren Gelben. Aus solchen Kriechern werden keine Kämpfer hervorgehen. Im übrigen besteht in Berlin bei der Mitropa kein Gesamtbetriebsrat, sondern wie in allen anderen Zweigstellen ein örtlicher Betriebsrat, was doch wenigstens bei einem früher Beschäftigten der Mitropa als bekannt vorausgesetzt werden mußte. Wenn der Kölner Nazi es aber für notwendig erachtet, den Berliner Betriebsrat ebenfalls herunterzureißen, dann gestatten wir uns, darauf hinzuweisen, daß er sich damit in Widerspruch mit seinen Berliner Anhängern befindet, denn diese haben an der Tätigkeit des Betriebsrats nichts auszusetzen. Unsere Kollegen werden dafür sorgen, daß auch im Bereich der Mitropa die Nazibäume nicht in den Himmel wachsen, denn solche Artikel wie der im „Westdeutschen Beobachter“ zeigen, wohin die Reise für die Beschäftigten gehen soll.
W. Rö.

GAS • WASSER • ELEKTRIZITÄT

3000 Bewag-Arbeiter nehmen Stellung zur Notverordnung. In einer überfüllten Versammlung der Arbeiter der Berliner Elektrizitätswerke am 7. Januar 1932 in den Germania-Sälen referierte Kollege Orlopp über die Ursachen und Auswirkungen der Notverordnung. Ausgehend von der Einengung der Produktionsbasis, die seit dem Kriege zwangsläufig eingetreten ist, schilderte der Referent die Vorgänge, die zu dieser Krise mit ihren 5,66 Millionen Arbeitslosen führten. Die Forderungen der Gewerkschaften, die Arbeitszeit der technischen Entwicklung folgend, zu kürzen, wurden von der bürgerlichen Regierung nicht beachtet. Auch die neue Notverordnung bringt keinerlei Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit. Sie schwächt die Kaufkraft des deutschen Volkes noch mehr. Die Gewerkschaften müssen mit allen Mitteln versuchen, dies zu verhindern. Sie werden deshalb tatkräftig mitarbeiten, damit die vorgelebene Preissenkung auch tatsächlich eintritt. Ein Antrag der Kommunisten, sofort in den

Streik zu treten, wurde gegen zwei Stimmen abgelehnt. Einmütig wurde folgende Entscheidung angenommen:

„Die am 7. Januar 1932 in den Germania-Sälen versammelten 3000 Belegschaftsmitglieder der Bewag erheben schärfsten Einspruch gegen die neuen Befastungen, welche der Arbeitnehmerschaft durch die Vierte Notverordnung auferlegt werden. Die neue Lohn- und Gehaltsfestlegung sowie die Verschlechterung der Sozialversicherung bedeuten einen furchtbaren Druck auf die Lebenshaltung aller Werktätigen. Dabei ist die Notverordnung in keiner Weise geeignet, die Wirtschaftskrise zu mildern und die Arbeitslosigkeit einzuschränken. Weder ein Arbeitsbeschaffungsprogramm noch sonstige Maßnahmen zu einer sofortigen Verminderung der Arbeitslosigkeit sind in ihr enthalten, obwohl ganz bestimmte Vorschläge der Gewerkschaften hierfür vorliegen. — Die Versammlung verlangt von der Reichsregierung die Befreiung der unerträglichen Härten des Lohnabbaus sowie eine stärkere Befastigung tariffähiger Schultern und Schonung der Beschäftigten, von ihrem Arbeitsverdienst lebenden Bevölkerungsschichten. Sie fordert vor allem, daß nicht nur die in der Notverordnung vorgeschriebenen Preisentlastungsmaßnahmen mit derselben Rücksichtslosigkeit wie der Lohnabbau durchgeführt werden, sondern daß darüber hinaus eine allgemeine weitergehende Senkung des Preisniveaus erfolgt. — Die Versammlung wehrt mit Entrüstung die Angriffe und falschen Behauptungen der NSD. und Kommunisten auf den Betriebsrat und die Gewerkschaften ab. Ebenso weist sie die Angriffe und Entstellungen der Scharfmacherypresse auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen der bei den Werken Beschäftigten Arbeitnehmer aufs energischste zurück. Es handelt sich hier zweifellos um ein planmäßiges Vorgehen, um Stimmung zu machen für eine weitere Verschlechterung unserer Tarife. Im Hinblick auf diese Tatsache und der uns bevorstehenden schweren Kämpfe bei Abschluß der neuen Verträge verpflichtet sich die Versammlung, alles zu tun, um die gewerkschaftliche Organisation zu festigen und den Betriebsrat bei dieser Arbeit im Interesse der Bewag-Arbeiter mit allen Mitteln zu unterstützen. Eiserne Disziplin und engste Zusammenarbeit ist in dieser Krisenzeit notwendig denn je!“

In einem kräftigen Schlußwort forderte der Vorsitzende des Betriebsrats, Kollege E l d n e r, die Versammlung auf, trotz aller Schwierigkeiten und Notverordnungen auch in Zukunft der Organisation die Treue zu bewahren. Mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung und den Gesamt-Verband wurde die imposante Kundgebung geschlossen.

Landstraßenwärter

Die Befastungsfrage der Landstraßen. Zweimal im Abstände von fünf Jahren, 1924/25 und 1928/29, haben Reichsverkehrszählungen stattgefunden, bei denen auf allen deutschen Straßen in gewissen Abständen genau Zahl, Art und Befastung der vorüberkommenden Fahrzeuge ermittelt wurde, um ein genaues Bild der durchschnittlichen und besonderen Inanspruchnahme und Bedeutung dieser Straßen zu gewinnen. Am wichtigsten aus diesen Erhebungen ist das Ergebnis aus dem Umkreise Berlins, weil hier die Befastung der Landstraßen zweifellos am stärksten ist. Die Möglichkeiten, die sich aus diesen Zählergebnissen für die Straßenbauer ergeben, bedürfen keiner näheren Begründung. Man kann daraus Schlüsse ziehen auf die Straßenbreite, die Straßendecke und die Aufwendung der Mittel, die zum Unterhalt der Straßen erforderlich sind. Das Ergebnis zeigt, daß die mit Pferden bespannten Fahrzeuge immer mehr zurückgehen, während der Kraftfahrzeugverkehr zunimmt. Die folgende Uebersicht, die das Zählergebnis im engeren Umkreise von Berlin wiedergibt, eröffnet einen aufschlußreichen Einblick in die Entwicklung:

	Fuhrwerke	Krafttröder- und Personenkraftwagen	Lastkraftwagen	zusammen
1924/25	1799	2568	876	5 243
1928/29	1088	8870	2697	12 655

Hieraus geht hervor, daß der Gesamtverkehr um 7412 Fahrzeuge zugenommen hat. Die Zunahme entfällt jedoch einzig und allein auf den Kraftverkehr. Der Fuhrwerksverkehr nahm um 711 Fahrzeuge oder 39,5 Proz. ab, dagegen stieg der Verkehr mit Kraftträdern und Personenkraftwagen um 6302 Fahrzeuge oder 185,1 Proz.; bei den Lastkraftwagen ist eine Zunahme um 1821 Fahrzeuge oder 207,8 Proz. zu verzeichnen. Das Gesamtgewicht der verkehrenden Fahrzeuge betrug 1924/25 13 142 Tonnen gegen 31 686 Tonnen 1928/29. Die Zunahme beziffert sich auf 18 544 Tonnen oder 148,7 Proz. Daraus ergibt sich eine erheblich stärkere Befastung der Landstraßen und eine schnellere Abnutzung. — Die Durchführung der Zählung im weiteren Umkreise von Berlin, und zwar in einer Entfernung von 25 bis 60 Kilometer, hat kein wesentlich anderes Ergebnis gebracht. Auch hier zeigt sich eine starke Abnahme des Fuhrwerksverkehrs und die Zunahme des Kraftverkehrs.

	Fuhrwerke	Krafttröder- und Personenkraftw.	Lastkraftwagen	zusammen	Gewicht in t
1924/25	1189	1642	416	3250	7 442
1928/29	884	4801	1034	6719	15 355

Der Fuhrwerksverkehr nahm um 25,6 Proz. ab, der Verkehr mit Kraftträdern und Personenkraftwagen nahm um 192,4 Proz.

zu, der mit Lastkraftwagen um 147 Proz. und das Gewicht stieg um 106,3 Proz. Im engeren Umkreise von Berlin ist die Zunahme stärker. — Das Ergebnis zeigt uns vor allem eine starke Zunahme des Gesamtverkehrs, was hauptsächlich in der Gewichtszunahme zum Ausdruck kommt. Daraus ergibt sich mit natürlicher Notwendigkeit, daß heute für den Straßenbau erheblich größere Mittel aufgewendet werden müssen als vor fünf Jahren. Der Straßenbauer muß mit dieser Tatsache rechnen, und die Berechnung der Unterhalts- und Erneuerungskosten hat unter diesem Gesichtspunkte stattzufinden. In allen Teilen Deutschlands wird die Zunahme des Verkehrs nicht im gleichen Umfange erfolgt sein wie hier im Umkreise von Berlin, das wegen seiner Lage und Stellung als Reichshauptstadt für die Verkehrsentwicklung überhaupt eine besondere Bedeutung hat. Die Abnutzung der Landstraßen ist hier naturgemäß bedeutend größer als in den Gebieten, wo der Verkehr nicht so stark ist; dementsprechend sind hier auch die Unterhaltskosten gewaltig höher. Es zeigen uns aber diese Ergebnisse, welche Bedeutung die Landstraße durch die starke Verkehrszunahme im Wirtschaftsleben heute besitzt. In den öffentlichen Haushalten wird diese Tatsache in Zukunft mehr Berücksichtigung finden müssen, als es bisher der Fall war.

RUNDSCHAU

Die Verwendung der öffentlichen Anleihen. Vor einiger Zeit brachte die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ einen gefäßigen Artikel gegen die Anleihewirtschaft der öffentlichen Hand. Es wurde darin die Behauptung aufgestellt, daß die Länder und Gemeinden eine leichtfertige Anleihewirtschaft getrieben hätten. Wahlos wären Auslandsanleihen hereingenommen worden und man habe Luxusbauten, große Bäder und andere überflüssige Einrichtungen damit hergestellt. Wenn solche grundlosen Behauptungen in Deutschland verbreitet werden, braucht man sich nicht zu wundern, daß auch das Ausland über die Verwendung der Anleihen so denkt. Tatsächlich ist die Auffassung sehr stark im Ausland verbreitet, daß Deutschland mit den im Ausland aufgenommenen Anleihen verschwenderisch gewirtschaftet hat. Um so erfreulicher ist es, daß der Reichskanzler Dr. Brüning auf einem Bankett der amerikanischen Handelskammer in Berlin durch den Wirtschaftsminister W a r m b o l d diese falschen Behauptungen einmal durch Tatsachen hat richtigstellen lassen. Der Reichskanzler ließ erklären:

„In der amerikanischen Öffentlichkeit ist der Vorwurf gegen uns erhoben worden, daß wir eine leichtfertige Anleihewirtschaft betrieben und die uns aus dem Ausland zur Verfügung gestellten Anleihen unsachgemäß und verschwenderisch verwendet hätten. Hierbei wird vor allem auf die Städte verwiesen, die mit dem Erlös der Auslandsanleihen Luxusbauten errichtet hätten; die Planetarien, die Bäder und die Stadien werden in diesem Zusammenhang immer wieder genannt. Es droht nachgerade ein Schlagwort zu werden, als seien die nach Deutschland gestroffenen amerikanischen Anleihen in der Hauptsache zu städtischen Luxusbauten verwendet worden. Ich will ohne weiteres zugeben, daß es wünschenswert gewesen wäre, wenn wir überhaupt in der Vergangenheit weniger im Auslande geborgt hätten, und wenn besonders solche Anleihen unterblieben wären, deren Verwendungszweck einer Prüfung nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht völlig standhielt. Was hier etwa gesagt worden ist, soll nicht beschönigt werden. Ganz falsch wäre es aber, wenn man dies verallgemeinern wollte. Die Länder und Gemeinden, gegen die sich dieser Vorwurf in erster Linie richtet, sind an dem Gesamtbetrag der Auslandsanleihen, die seit 1924 im Ausland aufgenommen sind, nur mit etwa 12 Proz. beteiligt. Insgesamt sind von der deutschen öffentlichen Hand während der Jahre 1924 bis 1930 18 1/2 Milliarden Mark Anleihen (Inlands- und Auslandsanleihen zusammen) aufgenommen worden. Aus diesen Anleihen sind in den sieben Jahren von 1924 bis 1930 nur insgesamt 265,2 Millionen Mark für Zwecke ausgegeben, die man bei weiterer Auslegung vielleicht als Luxusausgaben ansprechen könnte, nämlich für Kunst und Wissenschaft, Badeanstalten, Leibesübungen und Sport, Jugendwohlfahrt, Gärten- und Parkanlagen und für die Pflege von Kurorten. Dieser Betrag von 265,2 Millionen Mark erstreckt sich, wie gesagt, über einen Zeitraum von sieben Jahren, und zwar von sieben Jahren, in denen das deutsche Volk nach langer Unterbrechung jeder Kulturfähigkeit durch Krieg und Inflation glaubte, wieder an den Aufbau herangehen zu können.“

Leider werden in Deutschland, vermutlich auch im Auslande, die Anklagen gegen die öffentliche Anleihewirtschaft damit noch nicht aufhören. In Deutschland gehört es zum politischen Agitationsmaterial gewisser Parteien, gegen die öffentliche Wirtschaft zu wettern und alles schlecht zu machen, was mit der Kommunalwirtschaft zusammenhängt. Es ist in sieben Jahren wirklich kein erheblicher Betrag, wenn festgestellt werden muß, daß ganze 265 Millionen Mark für Kunst und Wissenschaft, Badeanstalten, Leibesübungen und Sport, Jugendwohlfahrt usw. ausgegeben worden sind. Wir haben uns die Summe höher vorgestellt. Dem deutschen Spießer, der schon wieder vergessen hat, daß die Zahlens 170 Millionen verlobert haben, mag die Summe hoch erscheinen, uns kommt sie sehr niedrig vor. Auf jeden Fall berechtigen diese Tatsachen nicht zu den Behauptungen, wie sie in Deutschland von gewissen interessierten Kreisen immer wieder aufgestellt werden.

GÄRTNEREI · PARK · FRIEDHOF

Von den Dingen, die das Denken der Junggärtner bewegen

Vor wenig Monaten noch hat die „Arbeitsgemeinschaft deutscher Junggärtner“ dagegen sich verwahrt, „wirtschaftlich-politisch“ (man jagt sonst: wirtschaftspolitisch) sich zu betätigen (vgl. „GPZ.“ Nr. 31, 1931). Aber der Gang und Zwang der Verhältnisse ist inzwischen so stark geworden, daß jetzt der Reichsausschuß dieser Arbeitsgemeinschaft deutscher Junggärtner sich „verpflichtet fühlt“, auch von sich aus auf die steigende Arbeitslosigkeit im Gartenbau hinzuweisen und entsprechende Eingaben an für zuständig erachtete Ministerien abzugeben. Damit wird anerkannt, daß die bisher gepredigte Methode, nur durch fachliche Weiterbildung sein Fortkommen zu suchen, Schiffbruch erlitten hat. Diese Junggärtner-„Bewegung“ hat trotz der engsten Verbindung mit dem Arbeitgeberverband nicht den geringsten Einfluß auf Milderung der umfangreichen, in den allermeisten Fällen rücksichtslos erfolgten Entlassungen, auszuüben vermocht. Auch die Führer jener Arbeitsgemeinschaft müssen heute zugeben: „Berufsnot, Junggärtnernot, diese Dinge bewegen am meisten unser Denken in dieser schweren Zeit!“

Nun, für jene Junggärtner, die als Arbeitnehmer ihr Fortkommen suchen müssen, waren die Zeiten schon immer schwer; dafür haben zu allen Zeiten die Protektoren und eigentlichen Lenker jener Arbeitsgemeinschaft-Geschicke, nämlich die leitenden Männer im Reichsverband des deutschen Gartenbaus gesorgt, und zwar durch die bewiesene Tariffeindschaft, die ständigen Versuche, das gewerbliche Arbeitsrecht, die Sozialgesetze und die Vorteile gewerblicher Berufsschulen uns streitig zu machen. Um diese unsere Berufsnot mußte also schon immer das Denken der gärtnerischen Arbeitnehmer sich bewegen. Darum waren auch die gewerkschaftliche Betätigung und der ihnen so oft unmittelbar aufgezwungene gewerkschaftliche Kampf selbstverständliche und naturnotwendige Abwehrmaßnahmen.

Da aber selbst in der jetzigen schwersten Notzeit des ganzen deutschen Volkes, die sogar eine „Notgemeinschaft des deutschen Gartenbaus“ hat entstehen lassen, die Organisation der gärtnerischen Unternehmer nicht daran denkt, ihre Forderungen auf völlige Entrechtung der Arbeitnehmer auch nur in etwas zu revidieren, so wird die Fortführung des schärfsten gewerkschaftlichen Kampfes, und zwar im besonderen durch die junge Generation, zur höchsten sittlichen Pflicht. Denn in steigendem Maße gilt für sie Goethes wuchtige Mahnung: „Was du ererbst von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen!“

Das kann nicht geschehen durch Erwerb der Mitgliedschaft in den von den Gartenbauern abhängigen „Junggärtner“-Gruppen, die trotz der oben erwähnten von ihnen anerkannten Notwendigkeit wirtschaftspolitischer Einflussnahme im „Deutschen Junggärtner“ (Heft 24, 1931) erklären: „Der Sinn unserer Bewegung soll sich gerade in dieser Zeit erfüllen: frei von irgendwelcher Kartell- oder Religionspolitik, frei von gewerkschaftlichen Bindungen gehen wir unseren „vorgeszeichneten Weg“ zum Gesamtwohl unseres Berufs.“ Entkleiden wir dieses Wortgebimmel von den schmückenden Phrasen, so verbleibt als Tatsache, daß dem Reichsausschuß deutscher Junggärtner der Weg vorgeschrieben ist. Von wem? Das festzustellen, vermag schon die berühmte „blinde Frau mit dem Krückstock“. Diese Drescher der Phrase, „frei von allen Bindungen“, sind an allen Gliedern gefesselt durch sklavenhafte Bindung an den Reichsverband des deutschen Gartenbaues, der das Verhältnis eines Gebietlers über Leben und Tod zum gefesselten Sklaven ausdehnen möchte auf die gesamte Arbeitnehmererschaft der Gärtnerei.

Dagegen zu kämpfen mit Ausbietung aller Kräfte — wir wiederholen es noch einmal — ist höchste sittliche Pflicht eines jeden Junggärtners, der zu den Arbeitnehmern sich zählen muß.

Die Wahlen zu den Landwirtschaftskammern

Zu einer Reihe von Landwirtschaftskammern — bekanntlich auch die öffentlich-rechtlichen Vertretungskörperschaften für den „Gartenbau“ — haben Wahlen stattgefunden. Sie haben diesmal ein gewisses Interesse der Öffentlichkeit gefunden, und zwar deshalb, weil die Nationalsozialisten mit zum Teil großem Erfolg in die bisher unbesetzten Gebiete des Landbundes eingebrochen sind. Auf Grund amtlicher Berichte geben wir eine Aufstellung der Wahlergebnisse:

	Landbund	Nazi	Bauernbund	Soziale Vereinig.
Ostpreußen	19	16	3	—
Pommern	19	12	—	—
Brandenburg	23	34	—	1
Oberschlesien	9	—	17	4
Provinz Sachsen	19	39	—	—
Hannover	—	26	—	10
Schleswig-Holstein	9	20	4	2
Westfalen	41	6	—	—
Rheinprovinz	40	10	—	—
Kassel	14	11	5	—
Wiesbaden	13	3	—	—
Freistaat Sachsen	18	22	—	—
Thüringen	75	36	—	—
Anhalt	14	14	2	—
Sachsenburg	12	23	1	—

Die in einigen Kammern von den Nazis erreichten Mehrheiten werden durch Vertreter, die auf Grund gewisser Privilegien zu berufen sind, teilweise eingeschränkt. Immerhin dürften sich in manchen Kammern wesentliche Veränderungen der Verhältnisse ergeben.

Bemerkenswert sind die Wahl eines Vertreters der Gruppe Pinneberg im Reichsbund des deutschen Gartenbaus, der auf besonderer Liste kandidiert hatte, und die Wahlerfolge der Gartenbauern in Berlin-Brandenburg. Diese bekamen bei insgesamt 110 Sitzen 13 Vertreter durch. Obwohl diese sämtlich dem RddG. angehören, haben sich jedoch nur 9 zu einer „Gartenbaufraktion“ zusammengesetzt, während die vier anderen, ihrem politischen Glaubensbekenntnis getreu, der Nazi-Fraktion angehören.

Einer Erklärung in der „Deutschen Tageszeitung“ zufolge besteht in der Landwirtschaftskammer Brandenburg trotz des Wahlkampfes keine Spannung zwischen Nationalsozialisten und Landbund im allgemeinen, sondern lediglich zwischen der Nazi-Fraktion und einer „Arbeitsgemeinschaft“ der Kammermitglieder, die sich aus Deutschnationalen, Landvölkern und den Handelsgärtnern zusammensetzt. Doch bei der Vorstandswahl hielten die Nazis mit Krach wieder ihren Auszug, während die Gartenbauern diesmal auch eine Vertretung durch zwei Beisitzer und einen Stellvertreter erreichten.

AUSLAND

Oesterreich. Anlässlich des Verbandstages ihrer Gesamtorganisation im November vorigen Jahres veranstaltete auch die Gärtnersektion eine Tagung, die von 44 Delegierten besucht war. Nach einem Referat des Kollegen Rieder fand eine Resolution einstimmige Annahme, durch die gegen einen Antrag der Christlich-Sozialen Partei, die Gärtnereien zu landwirtschaftlichen Betrieben zu erklären, entschiedenster Protest eingelegt wurde. In weiteren Vorträgen und Aussprachen wurden behandelt Fragen der tarifvertraglichen Regelung der Arbeitsverhältnisse, des Lehrlingswesens und der Einstellung zu den öffentlichen Betrieben. In Oesterreich sind nämlich die Kollegen der gewerblichen und öffentlichen Gärtnereibetriebe noch getrennt organisiert. Die Vertreter der beamteten und der städtischen Gärtner erklärten aber ihr starkes Interesse an der Erwerbsgärtnerei und die Bereitschaft zu einer praktischen Arbeitsgemeinschaft.

Das Siedlungsproblem

wird in Heft 2 des „Gärtnerei-Fachblattes“ ausführlich und nicht nur in den Gärtner angehenden Beziehungen behandelt. Die Notwendigkeit gärtnerischer Moor-Versuchskulturen sowie die von Lehr- und Versuchsbetrieben für den Gemüsebau werden betont. Tessenow gibt eine in eigener Praxis erprobte Fruchtfolge für Siedler. Schäffan bespricht Erfahrungen mit Gärtnerseidlungen. Architekt Riecher, Danzig, gibt bautechnische Vorschläge zum Siedlungsproblem und eine Uebersicht unterrichtet über die Einstellung der gärtnerischen Verbände und Organe zur Kleinsiedlung. — Im Zusammenhang damit werden Fragen der Bodenbearbeitung und Düngung behandelt. — Auf diese Weise unterrichtet unser Fachblatt stets über alle aktuellen Probleme auf gärtnerischem Gebiet, weshalb sich der ständige Bezug für jeden Kollegen unbedingt empfiehlt, zumal der Bezugspreis nur 1 Mk. vierteljährlich beträgt.